

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/4245

Alle Abg

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (Ergänzung)

Einzelplan 06 - **Ministerium für Kultur und Wissenschaft**
(Kapitel 06 070) - **(Landeszentrale für politische Bildung)**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Hauptausschusses

Votum

Der Einzelplan 06, Kapitel 06 070 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wird in unveränderter Fassung angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) - Drucksache 17/11100 - wurde vom Plenum nach 1. Lesung am 7. Oktober 2020 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Dem Haushaltsentwurf wuchs am 10. November 2020 mit Drucksache 17/11800 eine Ergänzungsvorlage der Landesregierung zu. Am 13. November 2020 wuchs dem Haushaltsentwurf eine weitere Ergänzungsvorlage mit der Drucksache 17/11850 zu.

B Beratungen

Der Einzelplan 06, Kapitel 06 070 - Landeszentrale für politische Bildung - im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wurde vom Hauptausschuss in dessen Sitzung am 5. November 2020 erstmalig beraten. Die Vorlage 17/3967 (Erläuterungsband zu Einzelplan 06), die Vorlage 17/4154 (Beantwortung von Fragen der Fraktion der SPD) und die Vorlage 17/4153 (Beantwortung von Fragen der Fraktion der AfD) und die Vorlage 17/4152 (Beantwortung der Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) flossen in die Beratungen ein.

Ein Berichterstattegespräch zu Einzelplan 06 erfolgte nicht.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 19. November 2020 statt.

C Anträge der Fraktionen

Die aus der Anlage ersichtlichen 5 Änderungsanträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD zu Einzelplan 06, im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses wurden im Fachausschuss in der Sitzung am 19. November 2019 abschließend beraten.

Zu den Begründungen der Antrag stellenden Fraktion bzw. Fraktionen sowie den Abstimmungsergebnissen zu den Anträgen im Einzelnen wird auf die Anlage verwiesen.

Kein Änderungsantrag fand die erforderliche Mehrheit.

D Gesamtabstimmung

Bei der Abstimmung über den Einzelplan 06, Kapitel 06 070 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses sprach sich der Hauptausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für dessen Annahme aus.

Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021 Ansatz lt. HH 2020 von 3.001.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 4.001.000 Euro 3.150.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Mittel dienen der Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Aufgrund der steigenden Zahl von Beratungsfällen bestehen finanzielle Mehrbedarfe bei den Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, den beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie bei der zivilgesellschaftlich getragenen Aussteigerberatungsstelle „NinA NRW“. Zudem sollen weitere Kommunen die Möglichkeit haben, sich Mittel aus dem Förderprogramm „NRWeltoffen“ zu beantragen.</p> <p>Die vorgesehenen Mittel sollen wie folgt verteilt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 500.000 Euro für die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		<ul style="list-style-type: none">• 200.000 Euro für die beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt• 100.000 Euro für die Aussteigerberatung „Nina NRW“• 200.000 Euro für das kommunale Förderprogramm „NRWelt offen“	
--	--	--	--

